



**Kommunalen Führungskräften
mehr Gehör verschaffen**

g7u7.org

Erklärung der U7-Bürgermeister*innen 3. Mai 2022

Die urbane Welt einbeziehen:

Städte, Urbanisierung und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen als Triebkräfte des Wandels für Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit

Einleitung

Wir, die in den Netzwerken von Kommunalverwaltungen der G7-Staaten und der Europäischen Union zusammengeschlossenen Bürgermeister*innen, begrüßen die beispiellose Anerkennung von Städten, nachhaltiger Stadtentwicklung und der ebenenübergreifenden Politikgestaltung durch das Programm der G7-Präsidentschaft 2022 und sehen dies als eine historische Chance, uns für Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit einzusetzen. Diese Anerkennung spiegelt die großen Fortschritte bei der Beteiligung der Kommunalverwaltungen am G7-Prozess wider, der 2016 mit dem Forum der Umweltminister*innen und Bürgermeister*innen begonnen und mit der Gründung von Urban7 (U7) im Jahr 2021 eine neue Ebene erreicht hat. Nun lädt die U7-Gruppe die G7-Länder und alle G7-Engagementgruppen ein, die U7 ab 2022 als neue G7-Engagementgruppe anzuerkennen, um die Zusammenarbeit aller Ebenen und Akteure weltweit zu stärken.

Die G7 sind durch gemeinsame Werte verbunden, zu denen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Volkssouveränität und Meinungsfreiheit gehören. Von den G7-Staaten wird erwartet, dass sie gemäß ihrer historischen Verantwortung und ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten eine entscheidende und wesentliche Führungsrolle übernehmen und ehrgeizige globale Maßnahmen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz umsetzen.

Eine globale nachhaltige Entwicklung ist ohne Frieden und Demokratie nicht möglich. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führt uns schmerzlich vor Augen, dass die Menschen

Gruppenverband 2022 G7 Urban7

In Zusammenarbeit mit

Unterstützt von



keine Zukunft aufbauen können, solange Krieg herrscht. Wir verurteilen diesen Angriff auf die Ukraine, der gegen die Grundsätze der territorialen Integrität und des Völkerrechts verstößt. Er hat in der Ukraine den Verlust vieler Menschenleben und das Leid unschuldiger Familien, insbesondere von Kindern, verursacht. Der Krieg wird schwerwiegende negative Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Russland, den umliegenden Ländern und sogar weltweit haben. Diese katastrophalen Auswirkungen werden mit dem Krieg nicht enden. Daher stehen wir bereit, in Partnerschaft mit den G7-Regierungen den nachhaltigen Wiederaufbau der städtischen Infrastruktur und der Zivilgesellschaft in der Ukraine zu unterstützen.

Überall auf der Welt wird die Demokratie von populistischen und autokratischen Regierungen in Frage gestellt und herausgefordert. Oft sind es die Städte mit ihren vielfältigen städtischen Gesellschaften, gewählten Bürgermeister*innen und anderen regionalen Verwaltungschef*innen, die am meisten zur Stärkung und zum Erhalt der Demokratie beitragen können.

Viele der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind zu komplex, um von den Nationalstaaten allein gelöst zu werden. Die Kommunalverwaltungen sind die demokratische Ebene, die den Menschen am nächsten ist, und sie sind für die Schaffung nachhaltiger, florierender Orte zum Leben und Arbeiten verantwortlich. Unsere Städte fördern die Innovation und begrüßen die Zusammenarbeit und aktive Beteiligung von Bürger*innen, Zivilgesellschaft, Wissenschaftler*innen und Unternehmer*innen, um durch eine integrierte Stadtentwicklung einen nachhaltigen Planeten zu schaffen. Wenn Städte zudem Netzwerke bilden, können sie ehrgeizige Verpflichtungen eingehen und sich um transformative Sofortmaßnahmen durch innovative Lösungen bemühen. So unterstützen sich Tausende von Kommunalverwaltungen gegenseitig bei der Umsetzung der Agenda 2030, des Pariser Klimaabkommens und anderer globaler Vereinbarungen. Städte und Nationalstaaten sollten daher bei der Umsetzung dieser Lösungen eng zusammenarbeiten und die U7-Gruppe liefert einen maßgeblichen Kurs, um solche Ergebnisse auf globaler Ebene zu erzielen.

Deshalb spielen Städte, Bürgermeister*innen und andere regionale Verwaltungschefs eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die SDGs vor Ort umzusetzen, den Klimanotstand zu

bekämpfen, auf nachhaltige Energie umzustellen, die biologische Vielfalt zu schützen, Ökosysteme wiederherzustellen und durch die Minimierung von Abfall, Umweltverschmutzung und Ressourcenentnahme eine Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Auch arbeiten Bürgermeister*innen unermüdlich daran, die Armut zu verringern, geschlechtsspezifische, soziale und generationenübergreifende Ungleichheiten zu beseitigen, bei öffentlichen Auftragsvergaben auf Nachhaltigkeit zu achten, die Erbringung lokaler öffentlicher Dienstleistungen zu gewährleisten, für eine nachhaltige Ernährungssicherheit zu sorgen, die Gesundheit zu schützen, die Klima- und Energiewende gerecht zu gestalten, Frieden und Solidarität zu fördern und eine sichere und geordnete Migration zu ermöglichen.

Die U7-Gruppe fordert einen Perspektivenwechsel: Allzu oft betrachten die nationalen Entscheidungsträger*innen die Städte als Objekte ihrer Politik und Programme. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl kann jedoch nur genutzt werden, wenn sich das globale politische System zu einem System der ebenenübergreifenden Politikgestaltung entwickelt. In einem solchen System sind die Städte nicht in erster Linie eine administrative Umsetzungsebene, sondern eine politische Ebene, die gleichberechtigt politische Programme entwickelt und beschließt. Städtediplomatie – d.h. die internationale Zusammenarbeit zwischen Städten oder die Beteiligung von Städten an internationalen Entscheidungsmechanismen – birgt viel Potenzial für die Verwirklichung der Ziele der G7 und für das globale multilaterale System.

Wir, die Repräsentant*innen der U7, möchten zu den Schwerpunkten der G7-Präsidentschaft 2022 folgende Erklärung abgeben:

NACHHALTIGER PLANET: Wir begrüßen den Vorschlag für einen internationalen Klimacub sowie die Anerkennung einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung und von Investitionen in eine widerstandsfähige Infrastruktur. Wir ermutigen diese Initiative, Kommunalverwaltungen als wichtige Partner einzubeziehen, um die vollständige Umsetzung und Finanzierung der Verpflichtungen und Maßnahmen im Bereich Klimaschutz sicherzustellen, zu denen der Übergang zu nachhaltiger Energie und Energiesicherheit, die

Klimaanpassung und der Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt und der Verschlechterung der Ökosysteme gehören.

WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT: Wir begrüßen, dass das Programm auf die transformative Kraft der Städte verweist und die Bedeutung von Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft hervorhebt. Wir betonen, dass die Kooperation der Kommunalverwaltungen notwendig ist, um das Potenzial der G7-Länder für wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und ein integratives Wirtschaftswachstum zu verwirklichen.

GESUNDES LEBEN: Wir fordern die G7 auf, die Rolle der Kommunal- und Regionalverwaltungen bei der Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen und im Freien, der Abfallwirtschaft, der sicheren Wasserversorgung und der Senkung der Lärmbelastung sowie beim Kampf gegen Pandemien und andere gesundheitliche Notfälle anzuerkennen.

INVESTITION IN EINE BESSERE ZUKUNFT: Wir begrüßen den Hinweis auf die transformative Kraft der Städte und Gemeinden. Wir sind daher bereit, uns aktiv an den geplanten Initiativen zu beteiligen und betonen die Bedeutung lokaler öffentlicher Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Wasser usw.) als Rückgrat für die Lokalisierung der SDGs. Wir fordern die G7-Staaten auf, Investitionen in die Kommunal- und Regionalverwaltungen zu unterstützen, indem sie z. B. dafür sorgen, dass diese einen angemessenen Anteil an den jeweiligen nationalen Haushalten erhalten, öffentlich-private und innovative Finanz- und Steuerregelungen entwickeln, das Subsidiaritätsprinzip beachten und so dazu beitragen, dass strategische Investitionen den vor Ort entwickelten Strategien, Plänen und Prioritäten folgen.

STARKES MITEINANDER: Wir begrüßen die Anerkennung der großen Herausforderungen, mit denen die Kommunen konfrontiert sind und betonen, dass Wahlrechte und Geschlechtergerechtigkeit nicht nur eine Frage der „Mädchenbildung“ sind, sondern den umfassenden Schutz der körperlichen Selbstbestimmung und den Kampf gegen Geschlechterrollen erfordert. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wesentliches Element einer repräsentativen und vielfältigen Regierung. Dazu gehören auch die Stärkung der Rolle der Frau und mehr Frauen in Führungspositionen, um sicherzustellen, dass nichts und niemand vergessen wird.

Konkrete Verpflichtungen und Handlungsaufforderungen. Die U7-Gruppe:

1. Lädt die G7-Länder und alle G7-Engagementgruppen dazu ein, die U7 ab 2022 als neue G7-Engagementgruppe anzuerkennen, um die Zusammenarbeit aller Ebenen und Akteuren weltweit zu stärken.
2. Verpflichtet sich, an den G7-Minister*innentreffen teilzunehmen, einschließlich der Bereiche Außenpolitik, Entwicklung, Finanzen, Umwelt, Gesundheit und Kultur. Die Gruppe begrüßt insbesondere das erste Treffen der Minister*innen für nachhaltige Stadtentwicklung, die mit den Städten zusammenarbeiten werden.
3. Fordert die G7-Länder auf, das Potenzial der Städtediplomatie in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik systematisch zu berücksichtigen und zu fördern.
4. Fordert die G7-Staaten auf, die kommunale Selbstverwaltung als Weg zur Entwicklung zu begreifen und die Zusammenarbeit aller Ebenen als unverzichtbares Element der globalen Nachhaltigkeitssteuerung und als Teil eines integrativen Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen voranzutreiben.
5. Fordert alle G7-Länder nachdrücklich auf, bei der Zusammenarbeit aller Ebenen eine Führungsrolle zu übernehmen und die Kommunal- und Regionalverwaltungen in die folgenden Aufgaben einzubeziehen:
 - a. Eskalation in den „Notfallaktionsmodus“ durch Vorlage von national festgelegten Beiträgen, die dem Pariser Abkommen entsprechen, bis zur UN-Klimakonferenz 2022 (COP27),
 - b. Unterstützung der Umsetzung des zweiten 10-Jahres-Aktionsplans für regionale Regierungen, Städte und andere Kommunalbehörden zum Schutz der biologischen Vielfalt (2021-2030) und Annahme ehrgeiziger Verpflichtungen für 2030 und 2050 auf der 15. UN-Biodiversitätskonferenz COP15 sowie auf der 15. Desertifikationskonferenz COP15,
 - c. Unterstützung der Umsetzung der Neuen Städteagenda und Erstellung freiwilliger lokaler Berichte, die verstärkt in die freiwilligen nationalen Berichte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele integriert und dem hochrangigen politischen Forum vorgelegt werden

d. Ernsthafte Beteiligung am Überprüfungsforum Internationale Migration und an den Folgeprozessen der Konferenzen Stockholm+50 und HABITATIII, um nur einige zu nennen.

6. Fordert die G7-Länder auf, den Schuldenerlass zu erleichtern, den gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen zu unterstützen und Investitionen in die Nachhaltigkeit weltweit zu beschleunigen.

7. Fordert die G7-Länder auf:

a. die nationalen Mittel zur Unterstützung kommunaler Investitionen deutlich aufzustocken und gleichzeitig den Kommunen zusätzliche Freiräume zu verschaffen und den Umfang ihrer eigenen finanziellen Mittel zu erweitern und

b. bei der öffentlichen Entwicklungshilfe und den Klimafonds den Anteil für die integrierte nachhaltige Stadtentwicklung deutlich zu erhöhen, um Maßnahmen u. a. in den Bereichen Planung, Gebäude, Mobilität, Natur, erneuerbare Energien, Abfall und Beschaffung zu fördern und die Bemühungen zu unterstützen, den direkten Zugang zu Finanzierungsprogrammen für Städte als konkretes Beispiel für die Förderung der Zusammenarbeit, insbesondere mit dem globalen Süden, zu fördern.

8. Verpflichtet sich, eine enge Zusammenarbeit mit dem U20 Mayors Summit, dem Mechanismus zur Einbindung der Kommunalverwaltungen in den G20-Prozess, aufzubauen, um die globale Solidarität, den Multilateralismus und konkrete Maßnahmen zu unterstützen.

9. Beglückwünscht alle Städte in Europa und weltweit, die Solidarität und Unterstützung für die Kommunalverwaltungen in der Ukraine demonstrieren und fordert die Staats- und Regierungschef*innen der G7 und die zuständigen Minister*innen auf, in Zusammenarbeit mit der U7-Gruppe gemeinsam eine Nachkriegsentwicklungsstrategie für die Ukraine auszuarbeiten, um die beschädigte Infrastruktur und die Städte nachhaltig zu sanieren und wiederaufzubauen.

10. Verpflichtet sich, beim Gipfel der Staats- und Regierungschef*innen der G7 vom 26. bis 28. Juni 2022 eigene Beiträge vorzulegen und dabei die Ergebnisse und Reaktionen der G7-Minister*innentreffen im Mai und Juni zu berücksichtigen und begrüßt alle Rückmeldungen und Beiträge, die zu den in dieser Erklärung genannten Verpflichtungen und Maßnahmen beitragen.